

Österreich steckt in der Krise

Auch wenn die Herrschenden nicht gerne davon sprechen: Österreich steckt in einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise. Wenn Regierung und bürgerliche Medien auch beschwören mögen, wir säßen alle im selben Boot: Tatsächlich ist es die Masse der ArbeiterInnen und Armen, die die Kosten der Krise trägt. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher.

Seite 2

Türkei am Rande des Bürgerkriegs

Am 1. November sind erneut Parlamentswahlen in der Türkei. Um die eigene Macht zu erhalten, versucht nun Staatschef Recep Tayyip Erdogan offensichtlich einen BürgerInnenkrieg zu provozieren. Nur die Einheit der türkischen und kurdischen ArbeiterInnenklasse kann das stoppen.

Seite 12

Schwerpunkt

Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das Thema polarisiert. Auch Österreichs Konzerne sind dafür verantwortlich. Doch es gibt Lösungen jenseits der rechten Hetze. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 242 | 10.15

Kürzungen drohen: Jetzt den Widerstand organisieren!

Kaum sind die Wahlen vorbei, beginnt die grausame Normalität. Denn bei der Frage, wer für die Krise zu zahlen hat, sind sich die etablierten Parteien erstaunlich ähnlich. Wir müssen uns nicht nur warm anziehen, weil es Winter wird. Sondern, weil die verbliebenen Reste des Sozialstaates Stück für Stück demontiert werden. Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer fordern wieder einmal Kürzungen der Lohnnebenkosten. Das bedeutet noch weniger Geld für z.B. Gesundheit und Soziales. Trotz Rekordarbeitslosigkeit

werden nun angegangen.

In erstaunlicher Ehrlichkeit hat sich Strache als Fan der neoliberalen Vorkämpferin Margaret Thatcher geoutet. Jener Frau, die für massive Privatisierungen, Betriebsschließungen und Angriffe auf Gewerkschaften bekannt geworden ist (und einen korrupten Sohn). Das zeigt einmal mehr, dass die rechten Hetzer von der FPÖ keine soziale Partei sind.

Das Flüchtlingsthema wird brennend bleiben. Und auch hier ist die einzige „Lösung“ der Herrschen-



Die etablierten Parteien haben die Wahlen in OÖ und Wien abgewartet – nun beginnt der Kürzungsterror!

keit sollen die Arbeitszeit weiter flexibilisiert und verlängert, und die Löhne real gesenkt werden. All die Kürzungspläne, die wahlkampfbedingt in den Schubladen warten muss-

den die alte Teile-und-Herrsche-Politik. Sie behaupten, es wäre nicht genug für alle da und lassen dann „ÖsterreicherInnen“ und Flüchtlinge um den immer kleineren Kuchen

streiten. Die SPÖ hat sich als menschliche Partei gegenüber den Flüchtlingen angepriesen – das gilt es nun einzufordern. Die Superreichen, KapitalistInnen, SpekulantInnen und die Top-ManagerInnen, sie bleiben ungeschoren. Doch dort ist das Geld, das wir so dringend brauchen.

An vielen Kürzungshorden gärt es: beim Pflegepersonal, im Sozialbereich, in den Schulen. Dazu kom-

men wütende Arbeitslose, die zwar schikanöse Kurse, aber keine Jobs bekommen. Die Unternehmen beschleunigen ihre Angriffe und wollen Kollektivverträge lieber gestern als heute loswerden. Holen wir uns endlich durch Proteste, durch Massenbewegungen und Streiks sowie durch eine neue ArbeiterInnenpartei das Geld der Reichen.

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Konferenz von Flüchtlingen und HelferInnen, um eine Kampagne zu planen
- Proteste zusammenführen und gewerkschaftliche Großdemo als 1. Schritt gegen die Kürzungen
- Holen wir uns das Geld bei den Reichen

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Am 3. Oktober waren 150.000 Menschen für „eine menschliche Asylpolitik“ auf der Straße. Das war großartig. Aber wie kann diese erreicht werden? Die Demo- und KonzertorganisatorInnen setzten auf möglichst große Breite. Aber das „Wir alle gemeinsam“ war bei näherer Betrachtung grotesk. Neben den unzähligen HelferInnen und AktivistInnen waren auch Parteien dabei, die in Landes- und Bundesregierung sitzen und dort für Abschiebungen, mangelnde Flüchtlingsunterkünfte, den Ausbau der Festung Europa und andere Grauslichkeiten verantwortlich sind. Da wurde Firmen ge-

Brecht schlägt Wunschdenken

dankt, die verantwortlich für Armut, Arbeitslosigkeit und Wuchermieten sind. Ich nehme manchen der Einzelpersonen in diesen Parteien und Firmen die persönliche Betroffenheit durchaus ab. Das ändert aber nichts an deren Verantwortung für unmenschliche Flüchtlingspolitik und den Aufstieg der FPÖ.

Brechts „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“ fasst eine Antwort auf das „Wie“ zusammen. Nicht durch Appelle, nicht durch schöne Worte. Sondern indem es ausreichend Jobs, Wohnungen und Geld für alle gibt, sodass niemand Angst vor der Zukunft haben muss. Und jene, die für die sozialen Probleme durch ihre neoliberale Politik, durch ihre Kürzungen, durch ihr Agieren im Sinne der kapitalistischen Logik verantwortlich sind – die appellieren immer stärker an die Moral, während sie gleichzeitig dafür sorgen, dass das Fressen knapper wird.

Was am 3.10. gefehlt hat, war eine starke gewerkschaftliche Orientierung, die die existierenden sozialen Probleme offensiv aufgriff. MetallerInnen, die für ordentliche Lohnerhöhungen für alle protestieren. PflegerInnen, die mehr Personal im Spital fordern. SozialarbeiterInnen und LehrerInnen, die für mehr Geld für Bildung und Soziales auf die Straße gehen... Denn es braucht mehr als ein warmes wohliges Gefühl!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



„Bewältigung“ auf unsere Kosten

Auch wenn die Herrschenden nicht gerne davon sprechen: Österreich steckt in einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise.

9,2% (2008: 5,9%). Und eine baldige Besserung ist kaum zu erwarten: Die sich aktuell zusammenbauende neue glo-

Reichen werden zur Kasse gebeten, sondern wir sollen durch Sozialkürzungen und verschärfte Ausbeutung der Beschäftigten zahlen. Die wieder akut werdende Gefahr der Wiedereinführung des 12-Studentages, der Kahlschlag im Spitalswesen oder die Forderung vom Präsident der Industriellenvereinigung Kapsch nach einem „österreichischen Hartz 4“ sind Warnsignale. Diese Versuche, die Lasten der kapitalistischen Krise den ArbeiterInnen aufzubürden, sind dreist, aber nicht überraschend: Genau dieses Krisenmanagement zugunsten der Reichen und zulasten der Armen ist eine der Kernaufgaben des bürgerlichen Staates.

Fabian Lehr

Österreich steckt in einer Wirtschaftskrise – zahlen sollen die ArbeiterInnen und Armen.

Seit 2012 verzeichnet Österreich nur noch ein Miniwachstum des BIP von jährlich deutlich unter 1%. 2013 und 2014 schrammte man mit 0,2% bzw. 0,3% Wirtschaftswachstum nur knapp an einer Rezession vorbei. Auch für 2015 ist nur ein mageres Wachstum von 0,7-0,8% prognostiziert. Die Arbeitslosigkeit geht steil nach oben, liegt inzwischen bei

bale Krise, die sich durch Konjunkturschwäche und Börsencrash in China ankündigt, wird auch Europa und Österreich erfassen.

Wenn Regierung und bürgerliche Medien auch beschwören mögen, wir säßen alle im selben Boot: Tatsächlich ist es die Masse der ArbeiterInnen und Armen, die die Kosten der Krise trägt. Nicht die immer reicher werdenden

Die GewinnerInnen der Krise: Die Reichen profitieren

Wenn behauptet wird, ohne Sozialkürzungen sei kein Geld aufzutreiben, ist das eine Lüge. Das Geld ist sehr wohl vorhanden, nämlich auf den Konten der Reichen – und deren Brieftaschen werden immer dicker. Die reichsten 5% der österreichischen Bevölkerung besitzen 59% des gesamten Vermögens. Allein das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt über 30% des Gesamtvermögens. Diese Gruppe muss sich um die Krisen-

auswirkungen kaum sorgen: Während die Reallöhne der ArbeiterInnen 1998-2014 um 4% gesunken sind, wachsen die Vermögen der Superreichen auch in der Krise konstant weiter. Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen heute rund 900 Milliarden Euro, und täglich werden es 80 Millionen mehr. Während die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen genommen ganze 2,2 Prozent des österreichischen Gesamtvermögens besitzt...



Freiwilligenarbeit statt Sozialstaat?

Die Solidarität weiter Teile der österreichischen Bevölkerung mit Flüchtlingen ist positiv. Aber es zeigt, wohin die Herrschenden wollen, dass diese unbezahlte freiwillige Hilfe überhaupt so bitter nötig ist. Denn eigentlich wäre es Aufgabe des Staates, für eine menschenwürdige Unterkunft und Versorgung der nach Österreich kommenden Menschen zu sorgen. Der aber baut Sozialleistung um Sozialleistung ab und

drückt sich auch hier um seine Pflicht, überlässt die Versorgung der Flüchtlinge nur zu gern Menschen, die sich, unbezahlt und oft ihren knappen Urlaub aufbrauchend, freiwillig aufopfern. Schon bisher entspricht die unbezahlte Freiwilligenarbeit rund 420.000 Vollzeitjobs. Doch statt hier Jobs zu schaffen, werden die Freiwilligen mit einem feuchten Händedruck gelobt. Neoliberalismus in Reinkultur!



Nie wieder kleineres Übel!

Das Wiener Duell Strache-Häufl sieht im Nachhinein wie eine Erfindung von Medien und SPÖ/FPÖ aus. Schließlich ist eines

zirken verloren, dafür unter Bürgerlichen gewonnen.

Obwohl Strache keine Lösungen für die Pro-

bleme hat, spricht er sie als Einziger der Etablierten an statt sie wegzureden. So konnte die FPÖ die 30% Marke knacken und zwei ArbeiterInnenbezirke erobern. Eben hier liegt aber auch der Schlüssel im Kampf gegen die FPÖ: Die sozialen Themen müssen von Links besetzt werden! Wenn die FPÖ z.B. behauptete „die Ausländer“ nähmen „uns“ die Wohnungen weg, gilt es dem,

zu halten. Der Hetze der FPÖ müssen sozialistische Lösungen für die, auch von der SPÖ verursachten, Probleme entgegen gehalten werden. Die Alternative zur FPÖ muss auch eine Alternative zur fatalen Politik von SPÖ/Grün sein!

In diesem Sinne trat auch die SLP an. Diesmal nur im 20. Bezirk in Wien. Wir wollten mit unseren begrenzten Kräf-

ten im Kleinen zu zeigen, was im Großen möglich und nötig ist. Wichtig für unseren Wahlkampf waren über 100 Aktionen im Bezirk, Kundgebungen und Flyer-Termine, aber auch Proteste gegen die FPÖ oder die Gesundheitskürzungen. Nicht die FPÖ wird Sozialabbau & Korruption beenden. Dafür braucht es eine neue ArbeiterInnenpartei, denn die SPÖ ist das schon lange nicht mehr. Die Rückmeldungen bei haben uns gezeigt: Der Wunsch nach einer solchen neuen ArbeiterInnenpartei ist enorm. Diese aufzubauen ist die Aufgabe aller linken Kräfte in Österreich, sonst sind der FPÖ weitere Wahlerfolge sicher!

Tilman M. Ruster

Um Strache zu verhindern sind die Leute sogar bereit, SPÖ zu wählen – Zeit für eine Alternative!

der letzten Argumente der SPÖ sie zu wählen, dass sie nicht die FPÖ ist.

Die SPÖ steht für „Alles ist in Ordnung in Wien“. Die Wirklichkeit spielt da nicht mit: Immer mehr sind von Armut betroffen, kommen aus der Arbeitslosigkeit nicht heraus oder sind von den massiven Kürzungen z.B. bei Gesundheit und Öffentlichem Dienst in Wien betroffen. So hat die SPÖ gerade in den ärmeren Be-

bleme hat, spricht er sie als Einziger der Etablierten an statt sie wegzureden. So konnte die FPÖ die 30% Marke knacken und zwei ArbeiterInnenbezirke erobern. Eben hier liegt aber auch der Schlüssel im Kampf gegen die FPÖ: Die sozialen Themen müssen von Links besetzt werden! Wenn die FPÖ z.B. behauptete „die Ausländer“ nähmen „uns“ die Wohnungen weg, gilt es dem,

Keine Rede von Ausgrenzung der FPÖ

Seit Jahrzehnten kommt es immer wieder zu Koalitionen mit der FPÖ: Rot-Blau 1983-86 und Schwarz-Blau (bzw. Orange) 2000-2006 im Bund. Und auch auf Landesebene wurde munter koalitiert: 2004-06 in Kärnten (SPÖ-FPÖ bzw. BZÖ), wo man sich nach Verhandlungen in einer Nacht auf die sogenannte „Chianti-Koalition“ einigte. Das hatte Vorteile für die FPÖ: Die SPÖ unterstützte keine Untersuchungsausschüsse gegen

Jörg Haider mehr. Dörfner (zuerst FPÖ, dann BZÖ) wurde 2009 mit den Stimmen der ÖVP zum Kärntner Landeshauptmann gewählt. 1974 und 2009 gab es in Vorarlberg eine schwarz-blaue Zusammenarbeit und 1999-2004 eine Koalition. Auch in der Steiermark wurde koalitiert (2000-05) und aktuell gibt es Rot-Blau im Burgenland. Darüberhinaus saß die FPÖ aufgrund des Proporz-Systems in zahlreichen Landesregierungen.

In der SPÖ nehmen die BefürworterInnen einer Zusammenarbeit mit der FPÖ zu – von abgehobenen Funktionären, denen es primär um Machterhalt geht. Vida-Steiermark Chef Horst Schachner: „Die Ausgrenzung der FPÖ ist Blödsinn“, Salzburgs Arbeiterkammer-Präsident Siegfried Pichler: „Gespräche mit der FPÖ wären sinnvoll“, der Vorarlberger Norbert Loacker: „Die FPÖ hat gute Leute“.

Um das Wahlrecht in Wien zu kippen, gingen die Grünen einen Pakt mit ÖVP und FPÖ ein, auch in Wiener Neustadt wurde gepackelt. In Linz hat die SPÖ sogar der Einrichtung des OLS – Ordnungsdienst der Stadt Linz zugestimmt, ein Vorhaben der FPÖ. Nicht nur das: der rechte Detlef Wimmer (schlagender Burshenschafter) wurde mit Hilfe der SPÖ Stadtrat für Sicherheit und Ordnung, in dessen Bereich der OLS fällt.

Karin Wottawa

Der rechte Rand

Ungarns Regierungschef

Viktor Orbán baut einen Grenzzaun, lässt Flüchtlinge niederknüppeln, setzt Tränengas ein und erteilt dem Militär eine Schießerlaubnis. Die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in Ungarn ist katastrophal. Den meisten ist klar: Gegen Orbán, das Monster, muss etwas gemacht werden! Oder doch nicht? Zumindest in der europäischen Politik hat er auch Fans. So hat z.B. Manfred Weber (CSU) Orbán einen Freibrief zum Grenzschutz erteilt und findet, dass die Zustände im furchterlichen Lager Bicske den europäischen Mindeststandards entsprechen. CSU-Chef Seehofer hat Orbán zum Treffen der bayrischen Unionsspitze eingeladen und den Grenzzaun gutgeheißen. Der italienische Politclown Beppe Grillo, der in Umfragen um Platz 1 kämpft, unterstützt Orbáns Linie enthusiastisch. „Unser“ Strache findet Orbáns Vorgehen natürlich vorbildhaft. Er würde am liebsten auch um Österreich einen Zaun ziehen, der vom Bundesheer überwacht wird. Und die neofaschistischen Identitären, die auch eine Kandidatin auf der FPÖ-Liste haben, setzen den Vorschlag gleich in die Tat um – inklusive Ungarn-Fahne. Die ÖVP bringt ein „Asyl auf Zeit“ ins Gespräch und wedelt im FPÖ-Stil im Parlament mit Taferln („Kein Asyl à la carte!“). ÖVP-Chef Mitterlehner meint, dass Orbán „nicht unrecht“ hat und spricht von einer „Invasion“. Die SPÖ ist den ÖVP-Vorschlägen nicht abgeneigt. Und der deutsche Sozialdemokrat Thilo Sarrazin lobt auf einer FPÖ-Veranstaltung Orbáns „logisches Denken“. Auf Orbáns Spuren wandelt auch Mikl-Leitner, die schon den Einsatz von Gewalt an den Grenzen angedroht hat.

Thomas Hauer

Auch in Indien braucht es Einiges, um diejenigen, die von der Ausbeutung der ArbeiterInnen profitieren, zu beunruhigen. Vor allem braucht es eine Masse an ArbeiterInnen, die bereit ist, sich gegen diese Ausbeutung zu wehren. Am 2. September kam es in Indien zu einem Generalstreik, dem sich eine solche Masse an ArbeiterInnen anschloss. Im ganzen Land gingen über 150 Millionen Menschen auf die Straße, um gegen Arbeitsrechtsreformen zu protestieren. Reformen, die im Sinne der Wirtschaft beschlossen werden sollen und sich auf die arbeitende Bevölkerung negativ auswirken werden. Reformen,

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

wie die „land-acquisition bill“, welche für Konzerne eine enorme Erleichterung bei der Grundstücksaneignung schaffen soll. Doch die indische ArbeiterInnenklasse hat deutlich gezeigt, dass sie diese Reformen nicht akzeptiert. Sie ließ sich auch nicht durch am Vortag durchgeführte bewaffnete Polizeiaufmärsche einschüchtern. Zehn große Gewerkschaftsverbände riefen zu diesem Streik auf und erstellten einen 12-Punktekatalog mit Forderungen, wie den Stopp der Privatisierung staatlicher Unternehmen, oder die Erhöhung des Mindestlohns auf umgerechnet ca. 200 Euro. Die hohe Streikbeteiligung war ein deutliches Zeichen gegen die neoliberale Politik der Modi-Regierung und überraschte auch die Initiatoren des Streiks. Nun muss der Widerstand gegen die neoliberale Politik, egal ob durch die Modi-Regierung oder eine andere, gestärkt und ausgebaut werden.

Valentin Spilka



„Atemlos durch die Schicht?

Nein, das wollen wir nicht!“ war einer der zentralen Slogans auf der De-

rungen erreicht werden sollen, dann müssen sie anfangen, den Widerstand zu organisieren. Damit

Betriebsgruppe aufgebaut werden. In den Stationen gewählte „TarifberaterInnen“ diskutieren regelmäßig über Forderungen und den Stand der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Aufbau von demokratischen Betriebsgruppen an den Spitälern, ob mit oder ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung, ist auch hier der nächste Schritt.

In Berlin konnte so ein 11-tägiger Streik organisiert werden. Mit Unterstützung der PatientInnen, denn schließlich geht es auch um deren Gesundheit. Und der Streik war bitter nötig, wie Jana, Mitglied der Streikleitung bei der Charité, auf einer SLP-Veranstaltung am 6. Oktober sagte: „Ich halte den Stress einfach nicht länger

aus. Ich muss bis 67 arbeiten. Aber ich weiß nicht, ob ich es bis 50 schaffe.“

Das wird vielen KollegInnen hierzulande bekannt vorkommen. Viele fühlen sich allein und machtlos. Jana dazu: „Ich fand die Demo super. Und man muss sich immer klarmachen, dass man nicht allein ist. ArbeiterInnen gibt’s überall.“

Auch in Österreich gibt es für den Pflegeaufstand Möglichkeiten, Anschluss zu finden. Im Herbst starten Kollektivvertragsverhandlungen im Sozial- und privaten Pflegebereich. Hier kann man sich zusammentun und gegenseitig Unterstützung aufbauen: Mit kämpferischen Forderungen und Aktionen.

Christian Bunke

Am 5. Oktober demonstrierten 500 Pflegekräfte und ÄrztInnen in Wien für + 30% Gehalt und + 30% Personal.

mo. Inzwischen haben auch die Gewerkschaften gemerkt, dass es an der Basis gärt. Derzeit finden in Wiens Spitälern Dienststellenversammlungen statt. Zum ersten Mal seit Jahren – ein Erfolg der Bewegung von unten.

Doch Powerpoint-Präsentationen der Gewerkschaftsspitze reichen nicht. Wenn die Forde-

es nicht wieder zu faulen Kompromissen kommt, müssen die Belegschaften über jede Aktion, jedes Verhandlungsergebnis in Abstimmungen entscheiden.

Dafür braucht es eine aktive Basis, die den Druck aufrecht halten kann – wie im Berliner Großkrankenhaus Charité. Dort konnte eine aktive



Die Angriffe der Unternehmen entschlossen zurückschlagen!

Seit 2007 befindet sich die Weltwirtschaft in einer der größten Krisen. Die einzige Antwort von Wirtschaft, Politik und EU: Sparen, und zwar bei uns.

Das nutzen die Unternehmen und verlangen immer größere „Opfer“ von den Beschäftigten. Nicht nur, dass der Lebensstandard schon abgesenkt wurde, waren auch die Lohnerhöhungen der letzten Jahre mager. Die reale Inflation wichtiger Dinge wie Wohnen und Essen wurde bei

weitem nicht aufgefangen. Wie selbstbewusst die Unternehmer sind, zeigen die Verhandlungen der Metallwirtschaft. Sie hören sich die Forderungen der Gewerkschaft gar nicht mehr an, sondern stehen auf und gehen.

Dabei gibt es noch einiges zu verteilen. Die Managergehälter sind 2003–13 um 137,5 % gestiegen. Wer verdient heute um mehr als das Doppelte von dem was er/sie vor der Krise verdient hat? Ich nicht. Es ist daher

lächerlich, wenn die Unternehmen behaupten, sie könnten sich Lohnerhöhungen nicht leisten!

Die Gewerkschaft hat keine Gegenstrategie. Doch es ist höchste Zeit, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen. Es braucht eine breite Mobilisierung in- und außerhalb der Betriebe. Und zwar nicht nur um mitverhandeln zu „dürfen“, sondern um wirkliche Verbesserungen zu erkämpfen.

Albert Kropf

Die Straße gehört uns!

Das Duell Häupl gegen Strache dominierte den Wiener Wahlkampf in den Medien und in allen Bezirken. In wirklich allen Bezirken? Nein, denn in der kleinen Brigittenau leistete die SLP erheblichen Widerstand gegen die etablierte Politik. Und das nicht mit extrem teuren Zeitungsinseraten, sondern mit aktivem Kontakt zu den BewohnerInnen der Brigittenau.

In den letzten Wochen des Wahlkampfes gab es laufend Kundgebungen im 20. Bezirk, teilweise mehrere pro Tag, zum Beispiel beim Handelskai, auf der Jägerstrasse oder auf dem fast schon zum Stammplatz der SLP erhobenen Wallensteinplatz. Weitere Aktionen waren vor dem AMS mit unseren Forderungen einer Arbeitszeitverkürzung auf maximal 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn – denn das schafft Arbeitsplätze. Des Weiteren forcierten wir auch unsere Arbeit im Gesundheitsbereich. Teilnahme und Mobilisierung für die Demonstrationen von Care Revolution am 5.9. und 5.10. waren selbstverständlich, und zwar nicht nur in Wien 20. Wir organisierten konkrete und politische Hilfe für Flüchtlinge und Proteste gegen die FPÖ.

Man kann, ohne Überheblichkeit, mit Fug und

Recht behaupten, dass wir, die AktivistInnen der SLP, die Straße beherrscht haben. Manchmal trafen wir auch auf andere Parteien, doch diese konnten uns nicht das Wasser reichen. Die NEOS versuchten durch Luftballons (angesichts ihrer politischen Vorstellungen eh g'scheiter für sie) Wählerstimmen zu gewinnen, und die SPÖ wusste sich angesichts unserer Konfrontationen auch nicht besser zu helfen als ihre Musik lauter zu drehen.

Alles in allem war es ein durchaus erfolgreicher Wahlkampf: Wir haben viele Leute erreicht, viele neue SympathisantInnen und auch Mitglieder gewonnen. Die Rückmeldungen waren durchwegs positiv. Ein Wähler schrieb uns Ich will festhalten, dass ich die wähle, wo ich weiß dass sie 100 % hinter dem stehen, was sie sagen – und das seid ihr.“

Unsere Bekanntheit im Bezirk ist hoch. Doch jetzt geht es daran weiterzuarbeiten, sich immer wieder aufzuraffen und zu kämpfen, denn es braucht in dieser Zeit dringender denn je eine sozialistische Alternative, eine neue ArbeiterInnenpartei, die den etablierten, bürgerlichen, neoliberalen Gestalten in der Politik ordentlich den Marsch bläst.

Simon Salzmann



SLP-Tour gegen Spekulation

Die SLP organisierte am 26. September „Leerstand, Spekulation und Wohnungsnot – ein Bezirksrundgang im 15ten auf den Spuren unserer

ren Mängeln. Laut Stellungnahme der Baupolizei wären bei einer ordentlichen Sanierung alle Mängel vermeidbar gewesen. Beim Haus in der

werden absichtlich vernachlässigt (bis hin zum Einsturz!), um die MieterInnen rauszuekeln und dann die Objekte zu renovieren, um sie danach

Die Mieten steigen u.a. wenn saniert wird. Gleichzeitig stagnieren Löhne und Gehälter.

Miete!“ Beim Rundgang im 15. Bezirk zu drei sanierten Häusern wurde auf die steigenden Mieten aufmerksam gemacht. Ein Teilnehmer berichtete beim Haus Mariahilferstraße 178 über die verpfuschte Sanierung. Während der Renovierung stürzte ein Teil des Stiegenhauses ein. Der Eigentümer sparte und so kam es auch zu weite-

Reichsapfelgasse 27 erläuterte Michi, dass dessen Renovierung ein gutes Beispiel für einen ehemaligen Altbau ist, der mit Mitteln der Gemeinde saniert wurde, die Mieten danach aber stark steigen werden.

In den Diskussionen wurde auch die Strategie vieler VermieterInnen hervorgehoben: Wohnhäuser

teuer zu vermieten oder zu verkaufen. So hat man zwar Wohnungen in guter Qualität, die Leute können sie sich aber nicht leisten. Um leistbaren Wohnraum für alle zu schaffen, fordert die SLP ein massives öffentliches Bauprogramm und die Beschränkung der Ausgaben für Wohnen auf 10% des Einkommens.

Georg Kumer

Das rechte „Volk“ scheitert zum zweitenmal in Graz

Im Februar versuchte PE-GIDA erfolglos in der Steiermark Fuß zu fassen. Die gleichen rechten Hetzer versammelten sich am 26.9. in Graz. Grund dafür war eine Kundgebung, die von der ultrarechten Kleinstgruppe „Partei des Volkes“ (PdV) organisiert wurde. Die PdV gibt sich sozial und fordert z.B. Mieten-senkung. Allerdings verbindet sie ihre Forderungen mit rassistischer Hetze und Anlehnung an NS-Propaganda.

Die Offensive gegen Rechts Steiermark organisierte eine Gegendemonstration, an der sich auch die SLP mit einem lauten und kämpferischen Block beteiligte. Ein Redner der SLP merkte an, dass „nur durch den gemeinsamen Kampf von ÖsterreichInnen und MigrantInnen soziale Probleme gelöst werden“. Das gleiche zeigten wir auch in Gesprächen mit PassantInnen auf. So gelang es auch zahlreiche Zeitungen zu verkaufen.

Nicolas Prettnner



Termin des Monats



AUSGESPIELT! Es reicht!

Auch in der Wiener Kinder- und Jugendbetreuung gibt es massive Probleme. Dagegen protestieren die Beschäftigten. Schade, dass die GPA mit dem Protest bis nach den Wahlen gewartet hat – vorher wäre es leichter gewesen Druck aufzubauen. Auch im Gesundheitsbereich (KAV) und im Sozialbereich (BAGS) gibt es massiven Unmut. Eine gute Gelegenheit, um die Proteste zusammen zu führen.

Mittwoch, 21. Oktober, 17³⁰ Uhr
Wien 1, Friedrich-Schmidt-Platz/Felderstraße
(beim Rathaus)

Totgesagte leben länger – nach diesem Motto mag es sein, dass Dirndl und Trachten in den letzten Jahren eine Renaissance erleben. Doch nicht genug, FPÖ, ÖVP und andere Parteien feiern auf der „Wiesn“. Rechte (und auch andere) PolitikerInnen posieren in Trachten, geben sich „heimatlich“ und wollen dieses schöne, schwammig undefinierbare „Heimatgefühl“ vermitteln.

In einer zunehmend unsicheren Welt, mit düsteren Zukunftsprognosen zieht das Trugbild einer vermeintlich „guten alten Zeit“, traditionelle Rollen und Familienbilder inklusive. Für Lebensentwürfe abseits von Vater-

Rote Seitenblicke

Mutter-Kind ist da kein Platz. Rechte Kräfte setzen bei der Angst an und antworten mit „Tradition“. Schunkeln zu Gabel und Frei.Wild in pinken Dirndl und Lederhosen scheint leichter, als sich angesichts von Krise, Kürzungspolitik, Flüchtlingsströmen und anderen Grauslichkeiten des Kapitalismus zu wehren! Praktisch für die Herrschenden: die Machtverhältnisse werden so nicht hinterfragt!

Klar, früher war ja alles besser, da hatten wir ja alle genug Geld (außer die vielen, die arm waren), die Familie war noch intakt (Frauen und Kinder prügeln inklusive), die MigrantInnen hießen damals noch GastarbeiterInnen (und waren mies bezahlt wie auch heute) und Bio war auch alles (nur dass sich die wenigsten Fleisch leisten konnten). Also zurück auf die Alm und in die Vergangenheit, da wars schön – wenn man nicht das Pech hatte, zu den 95% Nicht-reichen, Nicht-adeligen zu gehören!

Jens Knoll



wikimedia / lbg40

Endlich rote Karte für FIFA?

Die **notorisch** korruptionsanfällige und skandalgebeutelte FIFA kommt nicht zur Ruhe. Im Zuge der Verhaftungen prominenter Funktionäre Anfang des

Jahres, die es ermöglichen, dass die großen Elitvereine ein marktbeherrschendes Kartell bilden. „Jene, die davon profitieren, sind wenige – Großklubs, Ma-

Recht, sich den Arbeitgeber selbst auszusuchen, kann keine Rede sein.

Dabei geht es nicht um millionenschwere Topverdiener wie Messi oder

Wenn die Gehälter denn überhaupt bezahlt werden. Ein Beispiel: Im Februar mussten die Spieler des traditionsreichen AC Parma mit Streik drohen – seit Monaten hatten sie keine Gehälter mehr gesehen. Die italienische Spielergewerkschaft AIC kündigte daraufhin an, alle Profis würden aus Solidarität mit dem FC Parma am fraglichen Spieltag 15 Minuten später zu den Partien antreten.

Die Beschwerde der FIFPro ist mittelfristig ein guter und richtiger Schritt. Ökonomisch „sauberen“ Fußball wird es aber erst geben, wenn die Vereine und Verbände bei Offenlegung der Bücher unter SpielerInnen- und Fan-

kontrolle geführt werden.

Alexander Svojtko

Die SpielerInnengewerkschaft FIFPro bereitet dem Weltfußballverband neues Ungemach.

Jahres, der Suspendierung des Generalsekretärs Jerome Valcke im September und des Präsidenten Joseph Blatter Anfang Oktober laufen auch die Spieler Sturm. Am 18.9. brachte die Weltfußballergewerkschaft FIFPro (65.000 Mitglieder) bei der EU-Wettbewerbsbehörde eine Beschwerde gegen die FIFA ein.

Konkret geht es gegen die Transferbestimmung

nager und private Klubbesitzer. Jene, die zugrunde gerichtet werden, sind viele und wir verlangen jetzt eine Veränderung“, sagte FIFPro-Präsident Philippe Piat.

Darüber hinaus verletzt das gültige Reglement fundamentale Rechte von Beschäftigten. Fußballprofis „arbeiten in einem Markt, in dem ihre Arbeit als Ware gehandelt wird“, heißt es von der Gewerkschaft. Vom

Ronaldo; von den 3.293 aktiven Profis, die etwa der Österreichische Fußballbund im August zählte, arbeitet nur ein Bruchteil in der Bundesliga. In den unteren Spielklassen sieht es aber finanziell dann düster aus: „Man wird Fußballer in der zweiten Liga finden, die mit 1.000 Euro brutto Fixgehalt das Auslangen finden müssen“, so ein Insider zu den ÖÖ-Nachrichten.

Von Promis, PolitikerInnen & Hilfe

Auch an Promis geht die Flüchtlingskrise nicht vorbei. Die prominenten Stimmen für eine menschlichere Asylpolitik und gegen rassistische Hetze häufen sich. Und das ist gut und richtig! Es ist menschlich, dass sie den Menschen, die fliehen helfen wollen. Bei einigen folgen auf Worte auch Taten. Es werden Unterkünfte für Flüchtlinge geboten und Stiftungen, die das Leid lindern sollen, gegründet. Dagegen ist nichts einzuwen-

den. Doch auch wenn wir außer Acht lassen, dass es für manche auch ums Imageaufpolieren geht, bleibt da ein weiteres Problem – unmittelbares Helfen alleine wird keine langfristige Lösung bringen. Es braucht eine politische Lösung.

Die bringt das gemeinsame Posieren von Til Schweiger, der sich für Flüchtlinge engagiert, mit der SPD-Spitze, die ihrerseits für Abschiebungen, Waffenexporte und die Fes-

tung Europa mitverantwortlich ist, sicher nicht. Auch österreichische PolitikerInnen, wie Pilz&Co wirken ehrlich betroffen, packen auch an. Und tragen doch auch für die aktuelle Situation eine Teilverantwortung. Für alle, die wirklich helfen wollen, gilt es nicht nur akute Probleme zu lösen, sondern auch für eine langfristige Lösung im Rahmen einer radikalen Massenbewegung zu kämpfen.

Nikita Tarasov





Flucht, Fluchtursachen und Lösungen

Laut UNHCR stammt die Hälfte aller Flüchtenden, die in EU-Ländern Asyl beantragen, aus Syrien, Afghanistan und Somalia. Alleine aus Syrien sind bereits 4,6 Millionen Menschen geflohen, wobei 95% in den Nachbarländern Zuflucht fanden. Weltweit betrachtet leben 90% der Fliehenden in sogenannten „Entwicklungsländern“. In Ländern wie dem Libanon oder Jordanien bedeutet das eine enorme zusätzliche finanzielle Last, auch weil dort unter der bereits ansässigen Bevölkerung hohe Ar-

haben die Flüchtlingshilfe in Syriens Nachbarstaaten um mehr als die Hälfte gekürzt. Im Libanon leben mehr als 70 % der Flüchtlinge unter der Armutsgrenze. Daher bleibt vielen Flüchtenden nur der gefährliche Weg nach Europa.

Seit 2007 hat die EU den Fokus beim Thema Asylpolitik auf Grenzschutz gelegt. So wurden zwei Milliarden Euro investiert, um Zäune, Grenzpatrouillen und Hoch-Sicherheitstechnik zu errichten, anstatt Flüchtlingsunterkünfte auszubauen. Die Medi-

Die Aufgabe des österreichischen Staates wäre somit, den Geflüchteten für wenige Tage eine menschenwürdige Unterbringung zu garantieren, doch selbst das scheint zu viel verlangt. Als Anfang September das Dublin-Abkommen für einen Tag außer Kraft gesetzt wurde, kam eine große Zahl an Flüchtenden, auch nach Österreich. An den Bahnhöfen übernahm zu einem Großteil die Bevölkerung die Hilfe, es wurden Sachspenden gesammelt, Geld gespendet und ganze Not-

zen. Merkel hat vorerst erklärt, dass allen syrischen Flüchtlingen, die nach Deutschland kämen, Asyl gewährt wird. Dies wird einerseits der deutschen Wirtschaft zugute kommen, die nach billigen Arbeitskräften schielt. Andererseits will Merkel sich nach dem harten Kurs gegenüber Griechenland nun als human präsentieren, um ihr Image als „EU-Diktatorin“ wieder abzuschütteln. Ungarn hat einen Grenzzaun errichtet, um Flüchtende am Weiterkommen zu hindern. Orbán gab Anordnung zu Schießbefehlen und Tränengaseinsätzen zur Sicherung der Grenzen.

Beides existiert nebeneinander: unmenschliche Grenzpolitik neben unglaublicher Solidarität seitens der Bevölkerung, Hetze neben vermehrten Angriffen auf Flüchtlinge und Asylheime. Die politische Polarisierung nimmt weiter zu. Die FPÖ versucht ganz bewusst, diese Polarisierung zu nutzen und Menschen mit ihrer rassistischen Propaganda zu spalten. Statistiken zeigen, dass mit den Stimmengewinnen der FPÖ

auch die Hemmungen der Bevölkerung, rassistische Gewalttaten zu begehen, schwindet.

Die Flüchtlinge sind die Folge einer kapitalistischen Welt. Die Flüchtlingskrise wurde künstlich geschaffen. Solange das Flüchtlingsthema die Medien beherrscht, kann der katastrophale politische Normalbetrieb, der in Hypodesaster und Rekordarbeitslosigkeit gipfelt, unbemerkt weitergehen. Abseits der medialen Scheinwerfer bereiten Regierung und Unternehmen die Einführung des 12-Stundentages und die Abschaffung der Kollektivverträge vor. Zusätzlich ist die geschürte Panik vor Flüchtlingen eine perfekte Rechtfertigung für die Aufrüstung von Heer und Polizei. Und die Befugnisse, die sie morgen gegen Flüchtlinge einsetzen, werden sie übermorgen auf alle, die sich gegen Sozialabbau, Massenkündigungen und Arbeitslosigkeit wehren, anwenden. Ein Aufstehen für Flüchtlinge ist daher gerade auch für die ArbeiterInnenbewegung wichtig.

Theresa Reimer

Weltweit sind zur Zeit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht – die höchste Zahl seit dem 2. Weltkrieg.

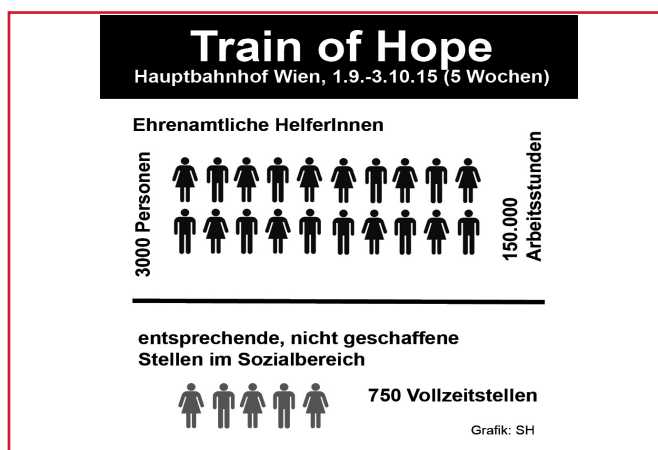
mut herrscht. Diese Länder beherbergen mittlerweile so viele Menschen, dass die dortigen Lager völlig überfüllt sind. Die Versorgung kann nicht mehr sichergestellt werden und nur mehr 25-40 Flüchtlinge pro Tag werden aufgenommen. Die UN-Organisationen, unter anderem das Welternährungsprogramm (WFP),

en sprechen bei der jetzigen Flüchtlingskrise von einer „Herkulesaufgabe“ („Österreich“). Allerdings kamen während des Bosnienkrieges ca. 500 Menschen pro Tag nach Österreich. Heute sind es ca. 200 pro Tag, wobei mehr als 90% der Flüchtlinge weiter nach Deutschland oder Skandinavien ziehen.

unterkünfte an Bahnhöfen selbst organisiert. So wurde das Versagen bzw. zu späte Eingreifen des Staates abgefangen und die Erstversorgung sichergestellt.

Es ist unklar, wie es weitergehen wird: Immer noch passieren tausende Flüchtlinge die Gren-

Wie sich die Herrschenden in der Flüchtlingshilfe abputzen...



Zahlen und Fakten:

- Über die Kosten für Flüchtlinge wird gestritten. Aktuell geht man in Österreich von maximal 12,3 Milliarden € aus (Familiennachzug und sämtliche Integrationskosten eingerechnet). Gleichzeitig besitzt das reichste 1% der Bevölkerung knapp 500 Milliarden €. Allein die Erbschaften aus den Familien Porsche, Piech, Flick und Swarovski könnten die Versorgung der Flüchtlinge sechsmal durchfinanzieren.
- Bisher gab die EU magere vier Milliarden € für Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Syriens aus – die Millionen in den Flüchtlingslagern können kaum mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Ihre Militärs lassen sich die EU-Staaten jährlich 194 Milliarden kosten.
- Nach der Finanzkrise 2008 pumpeten die Regierungen Europas 1.600 Milliarden in die Rettung des Bankensystems (gemeint sind die Gehälter des Bankmanagements und die Dividenden der GroßaktionärInnen). Eine ordentliche Versorgung und Integration der Flüchtlinge, aber auch ein Ausbau des Sozialwesens für Alle würde einen Bruchteil dieser gewaltigen Menge kosten. Warum ist das Leben von Millionen Menschen weniger wert als das 9-Millionen-Gehalt des ehemaligen Chefs der Deutschen Bank?
- Gerade jene Regierenden, die seit 2008 gemeinsam mit den KapitalistInnen die ärmere Mehrheit der Bevölkerung für die Krise zahlen lassen, missbrauchen Flüchtlinge jetzt als Argument für weitere antisoziale Sparmaßnahmen. So bereitet der deutsche Finanzminister Schäuble Kürzungen in der Höhe von rund zwei Milliarden € vor – angeblich um die Versorgung der Flüchtlinge sicherzustellen. Tatsächlich machte Deutschland aufgrund der Negativzinsen für Staatsanleihen der BRD einen beachtlichen Haushaltsüberschuss von 6,4 Milliarden €. Die Kosten für die Flüchtlinge in Deutschland könnten schon aus der Portokasse des Finanzministeriums bezahlt werden, doch die deutsche Regierung bevorzugt es, der Bevölkerung akuten Geldbedarf vorzugaukeln.
- Europa hat ein massives Flüchtlingsproblem – ein Problem mit dem vor Steuerabgaben flüchtenden Kapital der Banken und Konzerne. Dadurch entsteht für die EU-Staaten ein jährlicher Schaden von 1.000 Milliarden €. Werden Steuerflüchtlinge enteignet, ist die Finanzierung der echten Flüchtlinge gesichert.

Manuel Schwaiger

Sozialistische Antworten auf die Flüchtlingskrise

Seit dem späten Sommer dominiert das Flüchtlingsthema die Debatte. Auch die Wahlen in Wien und Oberösterreich wurden zu „Asyl-Wahlen“ gestempelt. Doch: „die Flüchtlinge“ haben keine Wahl entschieden. Vielmehr äußerte sich der

löst kein einziges soziales Problem. Im Gegenteil: Die wahren Schuldigen an Armut und Arbeitslosigkeit kommen dadurch ungeschoren davon und nutzen die gesplante Bevölkerung, um noch brutaleren Sozialabbau durchzuboxen. Nicht ohne Grund rei-

oder in Blut ertränkt. Übrig blieben von verschiedensten Seiten finanzierte Mörderbanden, die für die Profite verschiedener Kapitalfraktionen morden. Denn bereichern können sich durch diese Barbarei u.a. Waffenkonzerne, wie die österreichischen Waffenproduzenten Steyr und Glock, und Öl-Imperien, wie die österreichische OMV, die mit Regimes und lokalen Warlords lukrative Deals schließen. Die kapitalistische Profitlogik stürzt alle, bis auf die Elite die es sich richten kann, in einen Strudel aus Barbarei und Gewalt.

Die Flüchtlingskrise zu lösen bedeutet in letzter Konsequenz, die Hauptfluchtursache zu bekämpfen: das kapitalistische System. Dieser Anspruch ist weniger abstrakt, als er klingt. Es ist kein Wunder, dass immer mehr HelferInnen antikapitalistische Ansichten entwickeln. Wer Essen zum Wiener Hauptbahnhof bringt, wird sich spätestens beim Vorbeigehen am Inter-spar fragen, warum man selbst Essen dort hinbringen muss, wo ein Konzern Nahrung bunkert. Und wer am Bahnhof mithilft, wird die riesigen de facto leerstehenden Hotel- und Bürokomplexe neben dem Bahnhof sehen und sich fragen, warum Flüchtlinge und Obdachlose trotzdem in Notunterkünften oder auf der Straße schlafen müssen.

Die tausenden freiwilligen HelferInnen wurden und werden von Bund und Ländern im Stich gelas-

Es ist genug Geld für alle da – doch ÖsterreicherInnen und Flüchtlinge müssen es gemeinsam erkämpfen.

Frust über Kürzungspolitik und Abgehobenheit in einer fatalen Logik. Einer Logik, die zwar von allen etablierten Parteien akzeptiert, aber nur von der FPÖ konsequent zu Ende formuliert wird: Es sei nicht genug für alle da, und jemand müsse am Ende ohne Job, Wohnung und Perspektive dastehen – entweder ÖsterreicherInnen oder Flüchtlinge bzw. MigrantInnen.

Doch „uns“ geht es nicht besser, wenn es Flüchtlingen schlechter geht. Auch vor der Ankunft der Flüchtlinge rückten Politik und Unternehmen kein Geld für Soziales und Jobs raus. Mieten, Preise und Arbeitslosigkeit stiegen schon vor dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges – und würden das auch ohne Flüchtlinge weiter tun. Der Wunsch vieler ÖsterreicherInnen, zu treten, ist gerechtfertigt. Doch nach unten – also auf Flüchtlinge und MigrantInnen – zu treten,

ben sich viele Unternehmen bei der Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung der FPÖ die Hände.

Um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, ist es nötig, das größere Bild zu sehen: die Flüchtlingskrise ist Ausdruck der immer schlimmer werden Krise der kapitalistischen Welt. Die Krise, die sich seit 2007 ihren Weg durch die verschiedensten Wirtschaftssektoren und Weltregionen bahnt – von der US-Immobilienblase über die Eurokrise bis zur Implosion der chinesischen Wirtschaft. Die Verteilungskämpfe zwischen den Machtblöcken werden härter und oft in Stellvertreterkriegen geführt. Die imperialistische Invasion in Afghanistan und Irak mit allen Auswirkungen, die Kriege im Nahen und Mittleren Osten sind ein grausamer Ausdruck davon. Die hoffnungsvollen revolutionären Bewegungen des „arabischen Frühlings“ wurden fehlgeleitet



sen. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, dass selbst Einweghandschuhe und Brot von privaten SpenderrInnen organisiert werden müssen, während Kapazitäten, die für Donauinsel-fest oder Citymarathon da sind, brach liegen. Zurecht platzt vielen HelferInnen der Kragen über die Arroganz und den Unwillen der Politik. Alleine die Stadt Wien gibt ein Vielfaches dessen, was sie nun widerwillig für Flüchtlinge zur Verfügung stellt, für Eigenwerbung aus.

Der erfolgreiche Kampf gegen die Fluchtursache

Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn wäre aus dem Vermögen der Superreichen finanzierbar – und würde hunderttausende Jobs schaffen. Ein Mindestlohn von 1.700€ für alle Beschäftigten, egal ob In- oder AusländerIn, muss her. Das würde die Pläne der Unternehmer durchkreuzen, Flüchtlinge als Lohn-drückerInnen zu missbrauchen. Ein solches Programm würde sichere und gute Jobs für alle, ÖsterreicherInnen und Flüchtlinge, garantieren – im Gegensatz zu einer Politik der Festung Österreich, die nur

Eine schonungslose Offenlegung der Finanzunterlagen aller Unternehmen, die Geschäfte in den betroffenen Regionen machen, würde zeigen, wer genau wieviel am Elend profitiert. Die Konzerne, die Milliardenprofite an den Zuständen verdienen, vor denen Millionen Menschen fliehen, müssen zur Kasse gezwungen werden, wenn es darum geht, diesen Menschen ihr Leben zurückzugeben oder ein neues zu ermöglichen.

Solche Maßnahmen erfordern einen radikalen Bruch mit der herrschenden Politik, die nur Kürzungsmaßnahmen, hohle Phrasen und Hetze kennt. Dringendst nötig ist der Aufbau einer Bewegung, die nicht nur den Staat in die Verantwortung zwingt, endlich die notwendigen Kapazitäten für die Soforthilfe zur Verfügung zu stellen, sondern darüber hinaus entlang der dargestellten Linien für ein besseres Leben für alle kämpft. Eine solche Bewegung wird mit frontaler Opposition aller etablierten Parteien konfrontiert sein – und wird deswegen ihren eigenen politischen Ausdruck in Form einer neuen, starken und bewegungsorientierten linken Partei finden müssen. Und diese Partei wird mit einem sozialistischen Programm bewaffnet sein müssen, um alle, die von Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit betroffen sind, im Kampf für eine Gesellschaft zu vereinen, vor der niemand mehr fliehen muss.

Sebastian Kugler

Solange der Kapitalismus besteht, müssen Menschen vor seinen Auswirkungen fliehen.

Kapitalismus beginnt bei einer simplen Einsicht: Es ist genug für alle da. Das reichste 1% der österreichischen Bevölkerung besitzt rund 500 Milliarden Euro. Die reichsten 10% vermehren ihr Vermögen täglich um 80 Millionen Euro. Mit welchem Recht horten sie so ein unglaubliches Vermögen – welches übrigens wir alle tagtäglich erwirtschaften –, während es dringend Investitionen in Soziales und Jobs braucht? Warum sollen sich ÖsterreicherInnen mit Flüchtlingen um die paar Krümel streiten, die die Reichen uns hinwerfen? Es sind nicht die Flüchtlinge, die wir uns nicht leisten können, es sind die Reichen!

Mit einer echten Umverteilung von oben nach unten wäre mehr für alle da.

bedeutet, dass noch mehr Flüchtlinge sterben müssen, während hierzulande kein einziger Job deswegen geschaffen oder gesichert wird.

In Österreich stehen über hunderttausend Wohnungen aus Spekulationsgründen leer. Eine Enteignung dieser SpekulantInnen würde schlagartig Wohnraum für alle, die ihn benötigen, eröffnen. Darüber hinaus braucht es eine breit angelegte Wohnbauoffensive, die zehntausende neue, qualitativ hochwertige und günstige Gemeindewohnungen pro Jahr schafft, damit Wohnungsnot und Mietenzucker langfristig ein Ende haben. Das Geld war für Prestigeprojekte wie Skylink oder die EM-Stadien auch da, warum nicht für Wohnen?



Marx aktuell

Bevölkerungsverschiebungen sind kein neues Phänomen. Doch die Ursachen von Flucht und Migration sind heute beim Kapitalismus selbst zu finden. Niemand müsste fliehen, wenn der vorhandene Reichtum weltweit gesellschaftlich aufgeteilt und nicht nur in den Händen einer kleinen Minderheit wäre. Der Kapitalismus scheitert nicht nur bei der Hilfestellung bei z.B. Naturkatastrophen, sondern erzeugt auch noch zusätzliche Fluchtursachen wie Umweltzerstörung.

Seit dem Bestehen der ArbeiterInnenbewegung ist der Umgang mit MigrantInnen und ihre Rolle in einer kapitalistischen Klassengesellschaft zentral. Anhand der irischen ArbeiterInnen in England schrieb Marx 1870: „[...]die englische Bourgeoisie (hat) das irische Elend nicht nur ausgenutzt, um durch die erzwungene Einwanderung der armen Iren die Lage der Arbei-

Flucht und Migration – Einheit und Solidarität!

terklasse in England zu verschlechtern, sondern sie hat überdies das Proletariat in zwei feindliche Lager gespalten.“ (Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz). Marx zeigt hier auf, dass die KapitalistInnen jene sind, die Migration und Flucht zu ihren Gunsten nutzen, um durch niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen Extraprofite aus unterdrückten und ausgebeuteten MigrantInnen zu ziehen. Gleichzeitig wird damit die Lage von einheimischen ArbeitnehmerInnen verschlechtert und rassistisches Gift von oben gezielt innerhalb der ArbeiterInnenklasse verbreitet. Am Ende stehen sowohl zugewanderte, als auch einheimische Arbeitskräfte als Verlierer da, während das Kapital als großer Gewinner hervorgeht. Deshalb haben die ArbeiterInnen Interesse daran, einen gemeinsamen Kampf für gleiche Rechte zu führen.

Hier haben sich revolutionäre SozialistInnen immer schon von ReformistInnen unterschieden. So stellte Karl Liebknecht am Internationalen Sozialistenkongress 1907 klar: „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“. Revolutionäre zeig(t)en auf, dass die Einheit der ArbeiterInnenklasse und nicht der nationale Schulterschluss geboten ist. In Österreich werden im Zuge von Flüchtlingsströmen von VertreterInnen der Wirtschaft die Forderungen nach einem raschen Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge lauter, während es gleichzeitig zu Generalangriffen auf Kollektivverträge kommt. Eine Abschottung des Arbeitsmarktes, wie teilweise von Gewerkschaften und auch der FPÖ gefordert, führt aber nur zu Schwarzarbeit und damit Lohndumping und schadet der gesamten ArbeiterInnenklasse – MigrantInnen ebenso wie ÖsterreicherInnen. Hier darf Rassismus keinen Platz bekommen, hier braucht es einen Kampf für gleiche Rechte, gemeinsame soziale Forderungen und besonders auch eine gemeinsame gewerkschaftliche Organisation! Der ÖGB hat es jahrzehntelang versäumt, migrantische ArbeitnehmerInnen ernsthaft einzubinden, zu organisieren und für ihre Rechte zu kämpfen, das muss sich ändern. Migration und Flucht finden weltweit nicht wahllos statt. Es sind kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung, die Menschen aus Kriegsgebieten und vollkommen ausgebeuteten Regionen in die Industriestaaten des Nordens peitschen, es sind die selben Kräfte, die sie dort dann weiter unterdrücken und rassistische Hetze gegen sie betreiben, dagegen braucht es gemeinsamen Widerstand von unten.

Stefan Gredler



Hilfe muss auch politisch sein

Zahllose HelferInnen, die selbst nicht reich sind, spenden, helfen, dolmetschen, beraten, verpflegen und unterstützen seit Monaten Flüchtlinge. Wir hören oft, dass der Mensch „zu schlecht für den Sozialismus“ wäre. Die Solidarität und Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge zeigt, dass Menschen nicht „genetisch“

kreter Hilfe. Und wir wollen auch die Ursachen von Not und Elend beseitigen. Wir stehen nicht an der Seite und reden nur über die nötigen gesellschaftlichen Veränderungen, sondern beteiligen uns aktiv an Verpflegung und Versorgung. Die Rolle kirchlicher bzw. „staatstragender“ Orga-

„Hilfe“ von Unternehmen ist im Verhältnis zu deren Profiten und Vermögen immer lächerlich, dient der Publicity und ist angesichts dessen, dass Banken und Konzerne die Verursacher und Profiteure von Krieg und Armut sind, zynisch. Natürlich wird z.B. ein von der Erste Bank zur Verfügung ge-

Betroffene und HelferInnen. Gleichzeitig weisen wir auch darauf hin, dass es Aufgabe des Staates wäre, was hier unzählige freiwillige HelferInnen tun und fordern die Ressourcen ein, die Staat, Reiche und Unternehmen zurückhalten. Das ist eine große Herausforderung, denn es gilt, nicht bloß die Ressourcen für die nötige Hilfe zu bekommen, sondern auch die Kontrolle darüber.

Die Not von Geflüchteten muss gelindert werden, bei gleichzeitiger Organisation von Protest und Widerstand mit ihnen gemeinsam. Denn ihre Flucht und ihre Not haben die selben Ursachen wie unsere Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot! Ohne Druck auf die Regierung, ohne Organisation von Protesten, bleiben diese Ursachen unangetastet. Es werden Symptome gelindert, während Verursacher und Profiteure geschont oder gar gestärkt werden. Andererseits kann niemand kämpfen oder sich organisieren, wenn nicht einmal die dringendsten Bedürfnisse erfüllt sind.

Für uns bedeutet das, Kampf und Hilfe zu ver-

binden. Bei nahezu täglichen Kundgebungen sammelt die SLP Spenden. SchülerInnen werden organisiert und für die Großdemonstration am 3. Oktober wurde mobilisiert. Wir bringen Nahrungsmittel, Hygieneartikel und Wasser zum Hauptbahnhof, wo wir gleichzeitig eine Kundgebung abhalten und auf die Gründe für das Elend hinweisen. Wir beteiligen uns an Hilfe auf anderen Bahnhöfen. Wir unterstützen Initiativen wie in Wien 20, wo Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen Wohnraum für WienerInnen und Flüchtlinge von der Bezirksvertretung fordern. Wir haben bei einer Pressekonferenz der Wiener Stadtregierung deren Scheinheiligkeit demaskiert. Wir demonstrieren gemeinsam mit Flüchtlingen, wo wir die Mitverantwortung österreichischer Unternehmen in Reden aufzeigen. Kapitalismus verursacht Krieg, Armut und Flucht. Hilfe heißt, den Leidtragenden zu ermöglichen, diesen Wahnsinn zu beenden und nicht, den Dreck hinter den Profiteuren wegzuräumen.

Helga Schröder

Kampf und Hilfe sind kein Widerspruch, sondern vielmehr bedingen sie einander.

egoistisch programmiert sind.

Regierung, Reiche, Unternehmen wollen sich mit den Federn der HelferInnen schmücken. Die selbe Wiener Stadtregierung, unter der das Camp der Flüchtlingsprotestbewegung 2012/13 brutal zerstört wurde, plaktierte nun Hilfsbereitschaft. Mikl-Leitner tauchte in Nickelsdorf auf und versuchte, von der Flüchtlingshelferin Anahita Tasharofi einen Handschlag zu erzwingen. Diese verweigert zu Recht und handelt sich eine körperliche Attacke eines Kabinettsmitarbeiters ein.

SozialistInnen beteiligen sich aktiv an kon-

nisationen ist oft problematisch. Sie beschränken sich auf bevormundende „Barmherzigkeit“ und versuchen, die Hilfe unter ihre Kontrolle zu bringen, Selbstorganisation der Betroffenen zu verhindern und tragen so dazu bei, dass alles bleibt wie es ist. Gefordert wird da oft, die Hilfe solle „unpolitisch“ bleiben. Doch angesichts der Fluchtursachen, des Mangels und der katastrophalen Situation bei der Flüchtlingsbetreuung ist Hilfe zwangsläufig auch politisch. Wer „unpolitische“ Hilfe fordert, will an der Situation nichts ändern und macht Flüchtlinge zu unmündigen Objekten.

stelltes Notquartier nicht abgelehnt. Doch statt unterwürfiger Dankbarkeit weisen wir auf die Verantwortung österreichischer Banken für die Armut am Balkan hin und fordern, dass diese für die von ihnen verursachten Opfer zahlen müssen.

Statt Schulterklopfen für die HelferInnen und das Einfordern von Dankbarkeit der Flüchtlinge sind für uns beide weder unpolitisch noch unmündig, sondern Menschen, die ernst zu nehmen sind. Deshalb unterstützen wir Selbstorganisation und fordern demokratische Organisation der Hilfe durch

Jugend bricht mit Kürzungspolitik

Massenentlassungen, Lohn- & Pensionskürzungen, Privatisierungen, Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte – diese und viele andere Forderungen der Troika setzt Syriza in Griechenland um. Vom Anti-Kürzungsprogramm, für das die Partei im Frühjahr gewählt wurde, ist nichts übrig. Syriza wurde in kurzer Zeit Teil des Establishments. Gleichzeitig kommen viele Basis-AktivistInnen aus sozialen Bewegungen. Sie können und wollen den Ausverkauf durch die Führung nicht mittragen. Das gilt v.a. für die Jugendorganisation. Nach der Zustimmung zum Spardiktat bricht die Syriza-Jugend mit der Mutterpartei. Sie erklärt: die Mitgliedschaft in Syriza steht im Widerspruch zu sozialen Bewegungen und Kämpfen gegen Kürzungspolitik.

Die Syriza-Jugend ist nicht die erste Organisation, die in Konflikt mit ihrer Mutterpartei gerät: Jugendorganisationen spielen oft eine wichtige Rolle im Aufbau von linken Flügeln. Beispiel Britannien: Während die Führung der Labour Party sich völlig mit dem Kapitalismus ausgesöhnt hat, kann die revolutionäre „Militant“-Strömung Anfang der 1970er eine Mehrheit der Jugendorganisation für ihre Posi-

tionen gewinnen. Sie setzt auf Massenbewegungen, um gegen Kürzungspolitik (u.a. der Thatcher-Regierung) zu kämpfen und gewinnt immer mehr Einfluss an der Parteibasis. Die Parteiführung startet eine Hexenjagd, es kommt zu Ausschlüssen linker AktivistInnen und Auflösung ganzer Ortsgruppen. Ähnliche Kampagnen gegen linke Strömungen gab es auch in Österreich Anfang der 1990er Jahre gegen die „Vorwärts“-Strömung (aus der die SLP entstanden ist).

Die SPÖ ist längst eine bürgerliche Partei geworden, ihre Jugendorganisation ist weitgehend brav, und fällt nicht wirklich durch offensive Opposition zur Parteiführung auf. Kürzungen, Privatisierungen, sogar eine Koalition mit der FPÖ auf Landesebene werden ohne große Proteste hingenommen. Immer neue Versuche, eine Parteilinke aufzubauen, sind ergebnislos gescheitert. Statt kleineres Übel braucht es eine neue ArbeiterInnenpartei, statt pragmatischem Taktieren einen klaren sozialistischen Kurs. Wer die Welt verändern will, braucht dafür die richtige Organisation – und muss bereit sein, diese auch neu aufzubauen, wenn nötig.

Flo Klabacher



Salzburg kürzt bei Bildung

Ständig hört man, wie wichtig Bildung sei und es wird eine Bildungsreform versprochen. Aber wenn

den. Das führt dazu, dass sich beispielsweise am BRG Salzburg 30 SchülerInnen einen Turnsaal

schaftskrise verantwortlich! Da besonders die Freifächer extrem beliebt sind, regt sich auch Widerstand. SchülerInnen, darunter einige (heutige) SLP-Mitglieder, die schon im Februar dieses Jahres einen Schulstreik organisiert haben, wurden bereits angefragt, ob erneuter Widerstand bereits geplant wird. Die Forderungen reichen von Unterschriftenaktionen über einen Boykott der Kürzungen bis hin zu erneuten Demonstrationen. Mit der Planung wird auch schon begonnen. Und was allen klar ist: Es muss Widerstand geleistet werden, da ansonsten weiter und weiter „gespart“ wird.

Moritz Bauer

Kaum hat das neue Schuljahr begonnen, wurde schon wieder tüchtig gestrichen: 320 Stunden.

mal was passiert, dann meist nur das eine – gekürzt.

Den Anfang machte dieses Schuljahr Salzburg. Hier wurden v.a. Freifächer und unverbindliche Übungen gestrichen, für die SchülerInnen sogar freiwillig länger in der Schule bleiben. Darüber hinaus müssen auch Klassen zusammengelegt wer-

teilen müssen oder Englisch-, Ethik-, etc. Gruppen zusammengelegt werden. So wird die SchülerInnenzahl pro Gruppe verdoppelt oder verdreifacht. Kleinere Klassen – das war gestern.

Unter den SchülerInnen herrscht Wut und Empörung. Erneut wird bei uns gestrichen, dabei sind wir doch nicht für die Wirt-

Vom Kampf gegen die FPÖ in Wels



Rund 200 Leute marschierten in Wels am Vortag der Bürgermeister-Stichwahl. Lautstark wurde gegen die Gefahr eines FPÖ-Bürgermeisters protestiert. Die Wahl bestand zwischen Wimmer (SPÖ) und Rabl (FPÖ), also zwischen Pest und Cholera. Das Front-transparent machte mit „Rassismus bekämpfen! Soziale Alternative aufbauen!“ klar, dass eine echte Alternative zur etablierten Politik nötig ist, um die FPÖ und ihre Po-

litik zu stoppen. In Reden und Flugblättern erklärte die SLP, wie so eine Alternative mit sozialistischem Programm aussehen kann. Denn „Wer über den Kapitalismus nicht reden will, soll zum Faschismus schweigen.“, wie Franz (SLP-Aktivist aus Wels) meinte. Im Anschluss gab es noch ein Konzert u.a. mit Dominik (SLP Linz) aka MC Disorder, der mit Abstand den politischsten Rap hinlegte.

Jan Millionig

Fundstück des Monats Viagra für Nazis



Stramm muss er stehen, der rechte Recke. Aufrecht und unbeugsam. Doch offenbar passiert es oft im Nationalen Widerstand, dass der Nationale Kamerad schon länger nicht mehr wieder stand. Dafür bietet dieser Nazi-Versand nun Viagra an – und auch diverse Anabolika, wenn's mit dem Herrenmenschenkörper nicht klappt.



Am 10. Oktober starben weit über 100 Linke bei einem Anschlag in Ankara. Dies folgte dem blutigen Anschlag im Juli in Suruc. Die türkische Regierung verdächtigt wahlweise den IS oder die PKK. Doch zumindest die politische Verantwortung liegt beim Regime Erdogan. Die Eskalation passt Erdogan auf jeden Fall gut ins Konzept. Denn der Fokus der Proteste in der Türkei verschiebt sich. Proteste Anfang Septem-

verloren und konnte nicht mehr allein regieren. Zu dieser Niederlage hatte nicht zuletzt die HDP (Demokratischen Partei der Völker, eine neue linke Formation, die aus der kurdischen Bewegung entstand) beigetragen. Sie erreichte sensationelle 13%. Damit brachte sie die Machtpläne von Erdogan durcheinander. Dieser boykottierte Koalitionspläne mit anderen Parteien. Dann ließ er PKK-Stellungen bombardieren

einfache Leute, die keine linke Alternative sahen. Gäbe es eine linke Massenkraft, hätte dies eine zweite „Gezi“-Bewegung sein können. Die Wut hätte sich nicht gegen KurdInnen, sondern gegen die AKP und die herrschende Klasse gerichtet.

Die Lage in der Region wird sich politisch und sozial weiter destabilisieren. Der Erfolg der HDP war ein riesiger Schritt für die Einheit der türkischen und kurdischen ArbeiterInnenklasse.

Dieses Programm muss die demokratischen Forderungen der KurdInnen und anderer Minderheiten mit sozialen Forderungen der gesamten ArbeiterInnenklasse verbinden. Die im letzten Jahr gegründete BHH (Vereinte Juni Bewegung) könnte neben der HDP eine solche Kraft werden. Allerdings hatte ihre sektiererische Haltung bei den Wahlen im Juni sie fast in die Bedeutungslosigkeit getrieben. Eine von linken Gewerkschaften, Berufsverbänden, HDP und BHH organisierte Konferenz für eine breitere antikapitalistische Front könnte ein wichtiger Schritt in Richtung einer linken Kraft werden.

men, werden die ArbeiterInnenklasse nie überzeugen. Sie können nur die Spaltung, die schon existiert, weiter vertiefen – und damit den Herrschenden und ihrem Vertreter Erdogan in die Hände spielen. Der Generalstreik vom 12. und 13. Oktober, zu dem mehrere Gewerkschaften nach dem Anschlag von Ankara aufgerufen hatten, ist Ansatzpunkt dafür. Bei den Gewerkschaften liegt auch die Verantwortung zum Aufbau demokratischer kurdisch-türkischer Komitees, die Demonstrationen und Veranstaltungen, aber auch Stadtteile gemeinsam schützen können.

Sosyalist Alternatif fordert u.a. eine sofortige Beendigung aller militärischen Operationen, Nein zu den rassistischen Angriffen auf die KurdInnen, sofortiger Stopp der Angriffe durch die PKK, Stopp der Unterstützung jihadistischer Gruppen durch die Türkei. Wir stehen für den gemeinsamen Kampf der türkischen und kurdischen ArbeiterInnenklasse gegen jihadistische Angriffe und gegen die AKP-Regierung sowie für eine demokratische und sozialistische Föderation des Nahen Ostens auf freiwilliger Basis. Nur so ist ein Ende der Gewalt möglich.

Erdogan provoziert Bürgerkrieg zwecks Machterhalt – nur die Einheit der ArbeiterInnenklasse kann ihn stoppen!

ber richteten sie sich nicht gegen die Regierung wie vor zwei Jahren bei den Gezi-Protesten – Auslöser war, dass 16 Soldaten durch einen PKK-Angriff ums Leben gekommen waren. Geführt von NationalistInnen wandte sich die Stimmung schnell gegen KurdInnen. Unter Duldung der Polizei wurden Büros der linken pro-kurdischen HDP, Geschäfte, Buchhandlungen und kurdische Cafés mit Brandanschlägen angegriffen.

Hintergrund sind die neuerlichen Parlamentswahlen am 1. November. Die regierende AKP hatte bei den Wahlen im Juli ihre absolute Mehrheit

und beendete die 2-jährige Waffenruhe. Er versucht mit Nationalismus WählerInnen der nationalistischen MHP zu gewinnen. Parallel tut er alles, um die HDP an der 10%igen Wahlhürde scheitern zu lassen, indem er sie politisch zu diskreditieren versucht. Gerade hatte die PKK eine Waffenruhe verkündet, da folgte der Anschlag. Erdogan will von der kommenden Unruhe profitieren.

Nicht alle, die sich in der ersten Septemberwoche an diesen Ereignissen beteiligten, hassen KurdInnen oder sind FaschistInnen. Die Mehrheit davon waren Jugendliche und

terInnenklasse. Das jagte Herrschenden und AKP einen gehörigen Schreck ein. Die HDP hatte auch die Unterstützung eines Teiles der türkischen ArbeiterInnenklasse gewonnen. Allerdings sind die Achillesferse der HDP die falschen Kampfmethoden der PKK. Eben darauf schießen sich die nationalistischen Kräfte ein.

Die programmatischen und strukturellen Schwächen der HDP machen ihre weitere Entwicklung unklar. Daher muss die Linke, während sie die HDP kritisch unterstützt, gleichzeitig für den Aufbau einer linken Kraft stehen, die ein klar sozialistisches Programm hat.

Sosyalist Alternatif lehnt alle Kampfmethoden ab, die zur Spaltung der Arbeiterklasse führen – so auch individuellen Terrorismus. Wir verteidigen die demokratischen Forderungen der kurdischen Bevölkerung bis hin zum Recht auf Lostrennung. Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen die KurdInnen die türkische ArbeiterInnenklasse dafür gewinnen. Daher ist es notwendig, den Kampf um demokratische Rechte mit dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung zu verbinden, unter der alle ArbeiterInnen in der Türkei leiden. Kampfmethoden, durch die ihre Kinder ums Leben kom-

Chinas Wirtschaft kühlt ab

Am 11. August wertete die chinesische Regierung den Yuan um 3 % ab. Diese Abwertung schockte den globalen Markt. Allein am 24. August fiel der Shanghai Composite Index um 8,5 %. Der Schwarze Montag schickte Schockwellen um die gesamte Welt. Innerhalb eines Tages verloren die 300 größten europäischen Unternehmen 400 Milliarden Dollar an Wert.

Was aussieht wie ein kurzzeitiger Zusammenbruch der Börsen, zeigt in Wahrheit, wie langsam die chinesische Wirtschaft, das Zugpferd der Weltwirtschaft, schon geworden ist. Im Vergleich zum Vorjahr brachen die Exportzahlen Chinas um 5 % ein, die Importe sogar um 13,8%. China, das in den letzten Jahren ein Drittel des globalen Wirtschaftswachstums ausmachte, wächst immer langsamer, spekulativer und damit unsicherer.

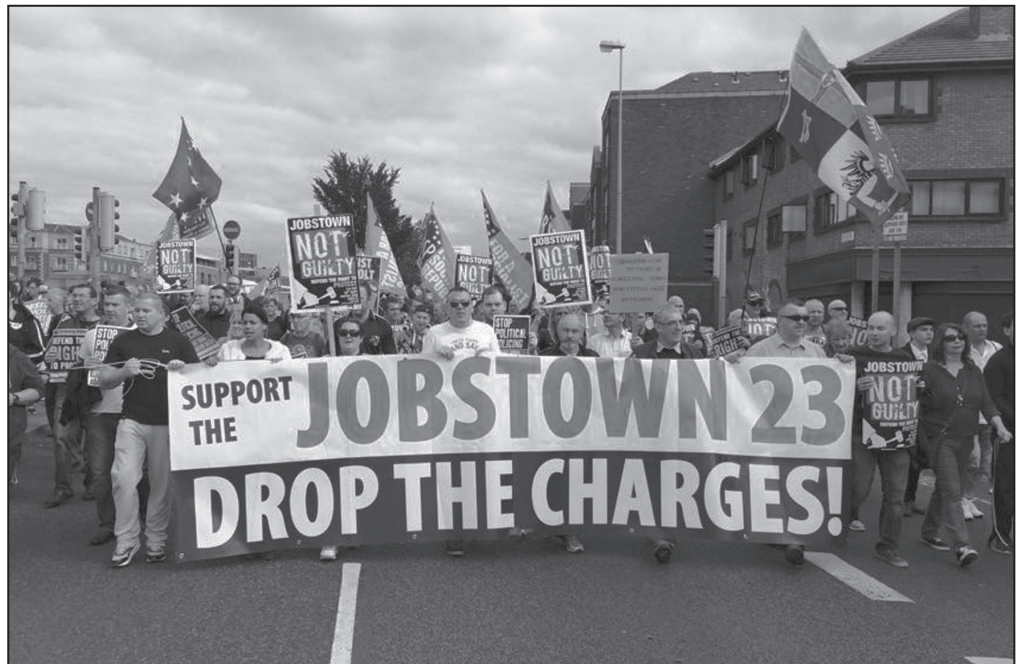
Um den Fall zu bremsen, startete die chinesische Regierung die größte Finanzspritze in der Geschichte Chinas. 200 Milliarden Dollar wurden von staatlichen Banken für die Aktienmärkte bereitgestellt. Der staatliche Pensionsfonds durfte erstmals am Markt mit Aktien handeln. Der Staat kaufte, um die Börsen zu pushen, massiv Anteile auf.

Auch international wurde reagiert: Die Federal Reserve (USA) verzichtete auf die erwartete Leitzinsanhebung.

Die Probleme werden dadurch zwar in die Zukunft verschoben, doch lösen lassen sie sich nicht. In China bläht sich seit Jahren die größte Immobilienblase aller Zeiten auf. Die Gesamtverschuldung der chinesischen Bevölkerung liegt bei über 280 %. Die Industrie sitzt auf gewaltigen Überkapazitäten und die Überproduktion ist enorm.

Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus betrifft auch China. Und das hat direkte Wirkungen auf die ganze Welt. China ist ein wichtiger Investor in Asien und Afrika und kauft einen großen Teil der Rohstoffexporte der Schwellenländer z.B. aus Lateinamerika. China ist der größte Gläubiger der USA und einer der wichtigsten Absatzmärkte für europäische Produkte. Die Weltwirtschaft steht auf tönernen Füßen und China kann zum Auslöser für den nächsten Einbruch werden. Doch die massiven Klassenkämpfe in China (1,5 Millionen Streiks alleine 2014) zeigen auch das Potential für Widerstand. Made in China auch für Arbeitskämpfe – das hat Zukunft!

Max Uhler



Repression gegen AktivistInnen

Im November 2014 fand ein Sitzstreik bei einem lokalen Protest gegen die unsozialen Wassergebühren statt. Vizepremierministerin Joan Burton wurde dabei für

meinderäten Kieran Mahon und Mick Murphy von der Anti-Austerity-Alliance (ein Anti-Kürzungs-Bündnis, an dem die Socialist Party zentral beteiligt ist).

nicht bezahlen. Das entspricht 860.000 Haushalten. Die Wassergebühr ist eine Massensteuer, betrifft die Ärmsten am härtesten und ist eine massive Belastung für viele Haushalte von ArbeiterInnen. Mehrmals gingen zehntausende gegen die Gebühr auf die Straße. Das gewaltsame Vorgehen gegen AktivistInnen durch den irischen Staat spiegelt die Polarisierung in der irischen Gesellschaft wider. Es zeigt, auf welcher Seite der Staat steht: Er greift jene an, die von Sparpolitik betroffen sind und schützt jene, die sie umsetzen. AAA, die Socialist Party und die Gemeinde von Jobstown werden weiterhin gegen Repression und Sparpolitik kämpfen.

Laura Rafetseder

Der „Rechtsstaat“ Irland versucht Proteste mundtot zu machen – der Kampf gegen Wassergebühren geht aber weiter.

zwei Stunden aufgehalten. Dafür sind nun AktivistInnen mit Strafen und Gefängnis bedroht. Beschuldigt sind 23 Personen aus dem proletarischen Stadtteil Jobstown in Dublin, inklusive Parlamentarier Paul Murphy (Socialist Party, CWI in Irland) und den Ge-

Diese Anschuldigungen sind politisch motiviert. Sie werden zu einer Zeit vorgebracht, da die Umfragewerte der Regierung im Keller sind und ihre Pläne für die Wassergebühr massivem Widerstand gegenüberstehen. Mitte Juli wurde bekannt, dass 57% die Gebühr

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Britannien: TUSC Konferenz

Über 200 TeilnehmerInnen diskutierten am 26.9. bei der Konferenz der TUSC (Trade Union and Socialist Coalition/Netzwerk von GewerkschafterInnen und SozialistInnen), darunter GewerkschafterInnen der RMT, von Unite sowie u.a. der Socialist Party (CWI England und Wales), die eine zentrale Rolle in TUSC spielt. Im Zentrum standen die Entwicklungen in der Labour Party nach dem Wahlsieg von Corbyn. Es wur-

de klargestellt: zentral ist der Kampf gegen Kürzungen. Bisher stellte sich die Labour Party gegen diese Kämpfe. Sollte sich das unter Corbyn ändern, so unterstützt TUSC diese Entwicklung. Festgestellt wurde auch, dass davon auszugehen ist, dass es über kurz oder lang zu einer Spaltung der Labour Party kommen wird, da aktuell zwei Parteien in einer existieren.

www.socialistparty.org.uk
www.tusc.org.uk

Finnland: Generalstreik

Am 18.9. wurde Finnland von einem Generalstreik erschüttert. ArbeiterInnen aus Transport-, Metall-, Papier- und Autobereich streikten ebenso wie Öffentlich Bedienstete, u.a. bei Post und Polizei, und auf den Werften. Studierende besetzten ein Uni-Gebäude in Helsinki. 30.000 demonstrierten im Zuge des Streiks gegen die brutalen Kürzungspläne der Regierung. Diese will u.a. den Urlaub kürzen, Überstunden-

bzw. Wochenendzuschläge sowie das Krankengeld reduzieren und im Sozial- und Gesundheitsbereich 800 Millionen streichen. Die Flugblätter von Sozialistinnen Vaihtohtos (CWI in Finnland) „18. September – das ist erst der Anfang“ gingen weg wie die warmen Semmeln. Darin wurde u.a. ein 2-tägiger Generalstreik als nächster Schritt bei der Budgetdebatte im Dezember vorgeschlagen.

www.sosialistit.org

Chile: Unmut

Bei Demonstrationen am 13.9. richtete sich die Wut v.a. gegen die Korruption und die staatliche Repression. Eine der zentralen Forderungen war der kostenlose Bildungszugang. Socialismo Revolucionario (CWI in Chile) fordert einen Plan zur Mobilisierung und die Verbindung der Proteste der Studierenden mit jenen der ArbeiterInnen bis zu einem Generalstreik.

www.revistasocialismo-revolucionario.blogspot.co.at

„Bildet euch, denn wir brauchen
all eure Klugheit.
Bewegt euch, denn wir brauchen
eure ganze Begeisterung.
Organisiert euch, denn wir brauchen
eure ganze Kraft.“

- Antonio Gramsci, italienischer Revolutionär



Organisier dich! Aber wie?

Eine revolutionäre Organisation ist ein unverzichtbares Instrument, um die Gesellschaft zu verändern.

Ausnahmezustände, Massenbewegungen, politische Erdbeben – die Nachrichten sind voll. In den letzten Monaten ist auch die „Insel“ Österreich in den Sturm von Wirtschafts- und Flüchtlingskrise geraten. Demonstration und Konzert gegen die herrschende Asylpolitik in Wien am 3.10., mit insgesamt etwa 150.000 Menschen, wird vielen in Erinnerung bleiben. Nun entbrennen unter denen, die aktiv geworden sind, heftige Debatten. Die Selbstorganisation der HelferInnen hat Übermenschliches geleistet – doch sie stößt an Grenzen, weil es gesamtpolitische Veränderungen braucht, um grundlegende Verbesserungen zu erreichen.

Die instinktive Ablehnung vieler, „politisch“ zu sein (auch wenn man es objektiv ist), oder sich gar zu organisieren, ist verständlich. Schließlich ist die offizielle Politik schuld an dem ganzen Desaster, und die Parteien schieben nur auf Posten. Doch ein Problem verschwindet nicht, wenn man es ignoriert. Das Sagen haben noch immer Faymann, Mikl-Leitner, Strache & Co. Schon der britische Philosoph Hobbes

wusste: „Nicht an [politische] Macht zu glauben ist wie nicht an die Schwerkraft zu glauben.“

Wer die Macht hat, Grenzen zu öffnen oder zu schließen, Löhne zu erhöhen oder Massen zu entlassen, ist eine Frage gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Ob eine gesellschaftliche Kraft stark genug ist, Verhältnisse zu verändern, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie es schafft, ihren Interessen eine organisierte Form zu geben. Deswegen haben Menschen, die gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit kämpfen, sich immer wieder zu politischen Parteien formiert. Eine politische Partei ist nichts anderes als eine organisierte gesellschaftliche Kraft – Menschen, die sich zusammenschließen, um gemeinsam mehr zu erreichen.

Wenn wir also eine neue politische Kraft brauchen, stellt sich die Frage, wie diese beschaffen sein soll. Auf dem aktuellen Stand der Bewegung und des Bewusstseins braucht es eine neue, breite Linkspartei, in der verschiedene Bewegungen und Zugänge zusammenkommen. Eine solche Partei wäre ein wichtiger Fortschritt

und ein Raum für Debatten, welches Programm es braucht, um eine andere Gesellschaft zu erkämpfen. Doch in Zeiten wie diesen stoßen solche Formationen schnell auf Prüfsteine. Der Kapitalismus duldet keine langfristigen innersystemischen Verbesserungen mehr. In dieser fundamentalen Krise bedeutet er nur noch mehr Krieg und Armut. Der Fall Syriza hat gezeigt, dass es heutzutage selbst, um „kleine“ Verbesserungen wie Lohnerhöhungen oder Abschiebestopps zu erreichen, die Bereitschaft braucht, über dieses System hinauszugehen – also „revolutionär“ zu sein und mit der kapitalistischen Logik zu brechen, was Syriza nicht getan hat.

Die Geschichte ist voll von Versuchen, dieses System durch eine gerechte Gesellschaft ohne Krieg, Flucht, Unterdrückung und Ausbeutung zu ersetzen. All diese Versuche, von der Pariser Commune 1871 über die Russische Revolution 1917 bis zu den arabischen Revolutionen 2011, bergen wertvolle Erfahrungen für künftige Bewegungen und Revolutionen. Es braucht also auch in neuen Linksparteien

Leute, die sich bereits jetzt zusammenschließen, diese Lektionen lernen und als „kollektives Gedächtnis“ der Bewegung agieren. Eine zentrale Lehre ist die Notwendigkeit einer revolutionären politischen Kraft, die stark genug ist, um in revolutionären Perioden den entscheidenden Unterschied zu machen und einer Revolution zum Sieg zu verhelfen. Die SLP baut eine solche Organisation auf. Unter (noch) nicht revolutionären Umständen wirkt das vielleicht sehr ambitioniert. Doch der italienische Marxist Labriola meinte bereits 1890: „Ich weiß nicht, warum man nicht einer kleinen Partei angehören sollte, wenn man sich bewusst ist, auf dem richtigen Weg zu sein. Aber die kleine Partei schafft offene Feinde, fordert große Willenskraft, öffnet nicht den Weg zur politischen Karriere, verschafft kein dankbares Publikum“... und ist gerade deshalb unverzichtbar. Auch in scheinbar ruhigen Zeiten können sie Kämpfe zum Erfolg bringen, wie in den USA, wo unsere Schwesterorganisation Socialist Alternative den Kampf für einen 15\$-Mindestlohn in

Seattle gewonnen hat. Sie können, wie unsere irische Schwesterorganisation Socialist Party, Bewegungen aufbauen und radikalisieren – denn am Massenwiderstand gegen die Wassersteuer verzweifelt gerade die irische Regierung. Gleichzeitig verlieren sie nie aus den Augen, dass diese Kämpfe im Endeffekt nur erfolgreich sein können, wenn sie das kapitalistische System als Ganzes bekämpfen. Sie arbeiten eng zusammen, und das auf internationaler Ebene. Die SLP hat Schwesterorganisationen in über 40 Ländern. RevolutionärInnen diskutieren innerhalb ihrer Organisation gründlich und demokratisch ihre Positionen, um nach außen umso geschlossener auftreten zu können. Mitglied einer revolutionären Partei ist man nicht nur „am Papier“. Ihre AktivistInnen schulen sich in theoretischen Fragen und verbinden diese Theorie mit der regelmäßigen Praxis in ihrem jeweiligen Umfeld. Je stärker die revolutionäre Organisation jetzt ist, desto höhere Erfolgschancen haben soziale Bewegungen heute – und Revolutionen morgen.

Christoph Glaninger

SLP-Programm genau erklärt:

Für Jobs und sinnvolle Produktion – Für die Vergesellschaftung der Waffenfirmen.

Österreichische Waffen morden weltweit – und spielen damit Milliarden zu österreichischen KapitalistInnen. Zwei der

unterstützende Saudi-Arabien oder die zerrüttete irakische Armee. Waffen von Steyr werden aktuell unter anderem in Syrien von den „Rebellen“ ebenso wie von den Truppen des IS genutzt. Nicht nur, dass diese „wirtschaftlich not-

mer wieder Proteste gegen Waffenfirmen (z.B. als Steyr Panzer an die chilenische Diktatur verkaufte). Dabei könnten die Fabriken auch sinnvoll genutzt werden, die Produktion könnte auf zivile Güter umgestellt und so auch die Jobs gesichert werden. Dazu dürfen die Firmen aber nicht in Privatbesitz sein und müssen unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten und der ArbeiterInnenbewegung stehen. Eingebettet in eine demokratische Planung der Gesamtwirtschaft geht's dann nicht mehr darum, für die Profitinteressen weniger über Leichen zu gehen, sondern für das Wohl Aller gesellschaftlich notwendige Güter von ordentlich bezahlten Beschäftigten in sicheren Jobs zu erzeugen.

Moritz C. Erkl

Rüstungsgüter werden aus Profitgier erzeugt.

bekanntesten heimischen Kriegsgewinnler sind die Waffenproduzenten Glock GmbH und die Steyr Mannlicher Waffenfabrikgesellschaft. Erstere beliefert nicht nur eine Vielzahl von offiziellen Polizei- und Armeeeinheiten (z.B. 2/3 der US-Polizeikräfte), sondern auch „Aggressoren“ wie die libysche Armee unter Gaddafi, das den „Islamischen Staat“

wendigen“ Exporte seitens des österreichischen Innenministeriums genehmigt werden, „unser“ „neutraler“ Staat scheffelt selbst Millionen durch den Verkauf von ausrangiertem Bundesheermaterial. Die Profite durch die sich ständig ausbreitenden Kriegsherde wachsen somit ins Unermessliche.

Zu Recht gab es bereits in der Vergangenheit im-

Politik im Interesse der 99%

Zum ersten Mal habe ich von der SLP über einen Flyer erfahren. Doch aktiv geworden bin ich nach der 2. Pegida-Demo in Linz. Am folgenden Montag nahm ich an der Linzer Ortsgruppe teil, wo eine offensive Kampagne gegen rechte Gewalt geplant wurde. Zuvor hatte es einen Naziübergriff gegeben. Die antifaschistische Arbeit stand im Vordergrund. Ich beteiligte mich ab dann an den Aktivitäten, weil

ich Rassismus, Sexismus und Homophobie ablehne. Die SLP bietet die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden. Nach Monaten voller Zeitungsverkäufe, Kundgebungen und Schulungen, in denen ich das Programm der SLP kennengelernt habe, bin ich der SLP beigetreten – nicht nur wegen der Antifa-Arbeit. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Alle Parlamentspar-

teien vertreten die Interessen einer reichen Minderheit. ArbeiterInnen, Jugendliche und Arbeitslose brauchen eine eigene Partei. Die SLP finanziert ihre politische Arbeit nur durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und den Verkauf von politischem Material. Dadurch ist gesichert, dass sie unabhängige Politik im Interesse der 99% machen kann.

Alec Jakolic, 17, Lehrling in Linz

Neue Broschüre: Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und kostenlose Verhütungsmittel

Der Kampf gegen die radikalen Abtreibungsgegner und für Frauenrechte ist seit Jahrzehnten zentraler Bestandteil der SLP-Arbeit. Daher auch diese völlig überarbeitete Neuauflage unserer Broschüre. Auf 60 Seiten geht es um die Geschichte, aber auch um Fakten zur äußerst mangelhaften Praxis der Fristenlösung. Behandelt wird das gefährliche Netzwerk der radikalen Abtreibungs-

gegner und ihre Verbindungen zu Parteien und Kirche. Wir berichten auch über die Kampagne der SLP und den Kampf gegen „Human Life International“ (HLI). Weil Frauenrechte aber viel mehr umfasst als „Frauenpolitik“, geht es auch um die Fragen Wohnen, Arbeiten und Soziales.

Jetzt bestellen!

60 Seiten A5 um € 5,50 (inkl. Porto)



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im **‘Wiener Café’**
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
Pizzeria **‘San Daniele’**
Alberstraße 13

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im **‘Alte Welt’**, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **‘Shakespeare’**
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung **‘Libreria Utopia’**
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der **‘Pizzeria Delfino’**
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im **Büro der SLP**
20., Pappenhaingasse 2/1
(bei "Büro" läuten!)

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Andere über uns



Das kritische Nachrichtenportal Mokant interviewte vor den Wien-Wahlen SLP-Spitzenkandidatin Sonja Grusch. In einem ausführlichen, zweiteiligen Interview gibt Sonja einen Überblick über Geschichte, Programm und Aktivitäten der SLP.

Eine perfekte Möglichkeit, uns kennenzulernen!

Nachzulesen unter:
mokant.at/1510-grusch-slp-wien-wahl/

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



SLP-Tour gegen Mietspekulation

Mehr auf Seite 5

Rechte Gewalt stoppen!

Regierung baut Festung Österreich, FPÖ hetzt, Nazis werden gewalttätig – wo ist die Gewerkschaft?

Im Wahlkampf in Wien und Aus Deutschland erreichen uns immer wieder ekelerregende Bilder von rechts-extremen Angriffen auf Flüchtlingsheime. Doch auch in Österreich scheuen die Rechten nicht vor Gewalt zurück. Hasspostings sind nur der Anfang. Diesen Juli wurden sieben Flüchtlinge in Wiener Neustadt durch Schüsse mit einer Softgun verletzt. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Flüchtlinge und HelferInnen nehmen zu. Im August wurde ein Brandanschlag

auf ein Heim des ÖGB verübt, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollten.

Gestärkt werden die Rechten durch die FPÖ mit ihrem „man wird es ja noch sagen dürfen“. Auch vom Staat wird die rechte Gewalt verharmlost, wenn z.B. Brandanschläge (Traiskirchen, Dornbirn) oder Angriffe (Alberschwende) als „nicht politisch motiviert“ bezeichnet werden. FPÖ und Regierung bereiten den Boden für die Gewalt: sie versuchen Flüchtlinge als Ursache für sozi-

ale Probleme darzustellen und heizen damit die Stimmung an.

Darum steht gerade der ÖGB in der Pflicht, gemeinsam mit lokalen Verteidigungskomitees gegen Rassismus und rechte Gewalt aufzutreten. Denn rechte Gewalt ist eine Bedrohung für alle ArbeiterInnen und muss daher umso härter bekämpft werden. Und soziale Verbesserungen können nur von ArbeiterInnen gemeinsam erkämpft werden.

Lukas Kastner



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.